

ÜBER DIE LOSUNG DER „ENTWAFFNUNG“

In einer ganzen Reihe von Ländern, hauptsächlich in den kleinen und in diesem Krieg abseits stehenden Ländern, z. B. in Schweden, Norwegen, Holland und der Schweiz, werden Stimmen laut, man solle den alten Punkt des sozialdemokratischen Minimalprogramms: „Miliz“ oder „Volksbewaffnung“ durch einen neuen ersetzen: „Entwaffnung“. Das Organ der internationalen Jugendorganisation, „Jugend-Internationale“, bringt in Nr. 3 einen redaktionellen Artikel für die Entwaffnung. In den „Thesen“ R. Grimms zur Militärfrage, die für den Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei verfaßt wurden, wird der Idee der „Entwaffnung“ eine Konzession gemacht. In der schweizerischen Zeitschrift „Neues Leben“, Jahrgang 1915, tritt Henriette Roland-Holst angeblich für eine „Aussöhnung“ beider Forderungen, in Wirklichkeit aber für die gleiche Konzession ein. Im Organ der internationalen Linken, dem „Vorboten“, steht in Nr. 2 ein Artikel des holländischen Marxisten Wijnkoop, worin die alte Forderung der Volksbewaffnung erhoben wird. Die skandinavischen Linken akzeptieren die „Entwaffnung“, wie aus den nachstehend veröffentlichten Artikeln⁴⁴ hervorgeht, wobei sie bisweilen zugeben, daß in dieser Forderung ein pazifistisches Element enthalten ist.

Wir wollen die Argumente der Entwaffnungsanhänger untersuchen.

I

Eines der Hauptargumente zugunsten der Entwaffnung ist der nicht immer direkt ausgesprochene Gedanke: Wir sind gegen den Krieg, überhaupt gegen jeden Krieg, und der bestimmteste, klarste, unzweideu-

tigste Ausdruck dieser unserer Ansicht ist eben die Forderung der Entwaffnung.

Mit diesem unrichtigen Argument haben wir uns im Artikel über die Junius-Broschüre befaßt, auf den wir den Leser auch verweisen.* Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. Man darf sich durch den jetzigen imperialistischen Krieg den Blick nicht trüben lassen. Für die imperialistische Epoche sind gerade solche Kriege zwischen den „Groß“mächten typisch, aber auch demokratische Kriege und Aufstände, z. B. Kriege unterdrückter Nationen gegen die sie unterdrückenden Nationen für die Befreiung von der Unterdrückung, sind keineswegs unmöglich. Unvermeidlich sind Bürgerkriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für den Sozialismus. Möglich sind Kriege des Sozialismus, der in einem Land den Sieg errungen hat, gegen andere, bürgerliche oder reaktionäre Länder.

Die Entwaffnung ist ein Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Kriege geben und wird folglich die Entwaffnung verwirklicht werden. Aber der ist kein Sozialist, der erwartet, daß der Sozialismus *ohne* soziale Revolution und Diktatur des Proletariats verwirklicht wird. Diktatur ist Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die *Gewalt* stützt. Gewalt in der Epoche des 20. Jahrhunderts – wie überhaupt in der Epoche der Zivilisation – ist weder die Faust noch der Knüttel, sondern das *Heer*. Die „Entwaffnung“ in das Programm aufnehmen hieße schlechthin sagen: Wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Das ist genauso wenig marxistisch, als wenn wir sagen würden: Wir sind gegen die Anwendung von Gewalt!

Wir wollen bemerken, daß die internationale Diskussion über diese Frage hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, in deutscher Sprache geführt worden ist. Und im Deutschen werden zwei Wörter gebraucht, deren Unterschied im Russischen nicht leicht wiederzugeben ist. Das eine Wort ist „Abrüstung“ und wird z. B. von Kautsky und den Kautskyanern im Sinne der Einschränkung der Rüstungen gebraucht. Das andere ist „Entwaffnung“ und wird hauptsächlich von den Linken im Sinne der Abschaffung des Militarismus, der Abschaffung eines jeden Militär- (Heeres-) Systems gebraucht. Wir sprechen in diesem Artikel von der *zweiten*, bei manchen *revolutionären* Sozialdemokraten üblichen Forderung.

* Siehe Werke, Bd. 22, S. 310–325. *Die Red.*

Die kautskyanische Predigt der „Abrüstung“, die sich ausgerechnet an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte wendet, ist vulgärster Opportunismus, bürgerlicher Pazifismus, der in *Wirklichkeit* – entgegen den „frommen Wünschen“ der honigtriefenden Kautskyaner – nur dazu dient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken. Denn den Arbeitern wird durch solche Predigten der Gedanke eingeflößt, als ob die jetzigen bürgerlichen Regierungen der imperialistischen Mächte *nicht* durch Tausende Fäden des Finanzkapitals und durch Dutzende oder Hunderte von entsprechenden (d. h. räuberischen, mörderischen, imperialistische Kriege vorbereitenden) gegenseitigen *Geheimverträgen* gebunden wären.

II

Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden. Wir können doch nicht, ohne uns in bürgerliche Pazifisten oder Opportunisten zu verwandeln, vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß es daraus keinen anderen Ausweg gibt und auch nicht geben kann als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse.

In jeder Klassengesellschaft – ob sie auf der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruht – ist die unterdrückende Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz – selbst in den demokratischsten bürgerlichen Republiken, z. B. in der Schweiz – ist Bewaffnung der Bourgeoisie *gegen* das Proletariat. Das ist eine so elementare Wahrheit, daß es wohl kaum nötig ist, darauf besonders einzugehen. Es genügt, den Einsatz von Militär (einschließlich der republikanisch-demokratischen Miliz) gegen Streikende zu erwähnen, eine Erscheinung, die allen kapitalistischen Ländern ohne Ausnahme gemeinsam ist. Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft.

Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, die „Forderung“ der „Entwaffnung“ aufzustellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunkts und jedes Gedankens an die Revolution. Unsere Losung muß lauten: Bewaff-

nung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die sich aus der ganzen *objektiven Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus ergibt und von dieser Entwicklung diktiert wird. Erst *nachdem* das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, alle Waffen zum alten Eisen werfen, was es dann auch zweifellos tun wird, aber erst dann, auf keinen Fall früher.

Wenn der gegenwärtige Krieg bei reaktionären christlichen Sozialisten und bei weinerlichen Kleinbürgern *nur* Schrecken, nur Furcht, nur Abscheu vor jedem Waffengebrauch, vor Blut, Tod usw. erzeugt, so sagen wir: Die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer *ein Schrecken ohne Ende*. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein *Ende mit Schrecken* bereitet wird, so haben wir keinen Grund zu verzweifeln. Nichts als Ausfluß der Verzweiflung ist ihrer objektiven Bedeutung nach die „Forderung“ der Entwaffnung – richtiger: der Traum von der Entwaffnung – in einer Zeit, da vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie, von dieser Bourgeoisie selber vorbereitet wird.

Wer sagt, das sei eine vom Leben losgelöste Theorie, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche Tatsachen: an die Rolle der Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune 1871 und den Demberaufstand 1905 in Rußland anderseits.

Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir „fordern“ solch eine Entwicklung nicht, wir „unterstützen“ sie nicht, wir kämpfen dagegen. Aber *wie* kämpfen wir? Wir wissen, daß die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen ein Fortschritt sind. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts, über die Trusts usw. und über sie hinaus zum Sozialismus!

Diese Erwägung, die den *objektiven Gang* der Entwicklung berücksichtigt, gilt, mit den entsprechenden Änderungen, auch von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie womöglich die Frauen militarisieren. Wir müssen darauf antworten: Um

so besser! Nur immer schneller voran! Je schneller, desto näher kommen wir dem bewaffneten Aufstand gegen den Kapitalismus. Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern lassen, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen? Das ist keine „vom Leben losgelöste Theorie“, kein Traum, sondern Tatsache. Und es stünde wirklich sehr schlecht um uns, wenn die Sozialdemokraten ungeachtet aller ökonomischen und politischen Tatsachen daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und die imperialistischen Kriege unvermeidlich zur Wiederholung solcher Tatsachen führen müssen.

Ein bürgerlicher Beobachter der Kommune schrieb im Mai 1871 in einer englischen Zeitung: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation!“ Die Frauen und die Kinder vom 13. Lebensjahr an kämpften während der Kommune neben den Männern. Und auch in den kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie kann es nicht anders sein. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt. Sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus den heutigen eingeschüchternen Nationen – richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung – wird zweifellos, ob früher oder später, jedenfalls aber ganz bestimmt ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen“ des revolutionären Proletariats erstehen.

Die Militarisierung durchdringt jetzt das ganze öffentliche Leben. Der Imperialismus ist ein erbitterter Kampf der Großmächte um die Teilung und Neuaufteilung der Welt, er muß daher unvermeidlich zur weiteren Militarisierung in allen, auch in neutralen, auch in kleinen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die wirklich revolutionär ist, mit solch einer schändlichen Rolle abfinden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein. Man wird dir ein Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut das Kriegshandwerk. Dieses Wissen ist nötig für die Proletarier, nicht, um auf deine Brüder, die Arbeiter der anderen Länder, zu schießen, wie es jetzt in diesem Kriege geschieht und wie dir die Verräter

des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten.“

Wenn man es ablehnt, eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhang mit dem jetzigen Krieg zu treiben, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialistischen Revolution, vom Krieg gegen den Krieg im Munde zu führen.

III

Die Anhänger der Entwaffnung sind unter anderem auch deshalb gegen den Punkt des Programms, der von der „Volksbewaffnung“ handelt, weil diese Forderung angeblich leichter zu Konzessionen an den Opportunismus führt. Wir haben oben das Wichtigste untersucht: das Verhältnis der Entwaffnung zum Klassenkampf und zur sozialen Revolution. Untersuchen wir jetzt das Verhältnis der Forderung nach Entwaffnung zum Opportunismus. Einer der wichtigsten Gründe, weshalb die Forderung der Entwaffnung unannehmbar ist, besteht gerade darin, daß durch diese Forderung und die in ihrem Gefolge entstehenden Illusionen unser Kampf gegen den Opportunismus unvermeidlich geschwächt und entkräftet wird.

Zweifellos ist dieser Kampf die wichtigste aktuelle Frage in der Internationale. Der Kampf gegen den Imperialismus ist hohle Phrase oder Betrug, wenn er nicht unzertrennlich mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden ist. Einer der Hauptfehler von Zimmerwald und Kienthal und eine der Hauptursachen eines möglichen Fiascos (Mißlingens, Scheiterns) dieser Keime einer III. Internationale besteht eben darin, daß die Frage des Kampfes gegen den Opportunismus nicht einmal offen gestellt, geschweige denn im Sinne des unvermeidlichen Bruches mit den Opportunisten entschieden worden ist. Der Opportunismus hat in der europäischen Arbeiterbewegung – für eine gewisse Zeit – gesiegt. In allen größeren Ländern haben sich zwei Hauptschattierungen des Opportunismus herausgebildet: erstens der offene, zynische und darum weniger gefährliche Sozialimperialismus der Herren Plechanow, Scheidemann, Legien, Albert Thomas und Sembat, Vandervelde, Hyndman, Henderson usw.

Zweitens der verkappte, kautskyanische: Kautsky-Haase und die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ in Deutschland; Longuet, Pressemane, Mayéras usw. in Frankreich; Ramsay MacDonald und andere Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ in England; Martow, Tschcheidse usw. in Rußland; Treves und andere sogenannte linke Reformisten in Italien.

Der unverhüllte Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bündnis mit den Regierungen, wie verschieden die Formen dieses Bündnisses auch sein mögen: von der Teilnahme an der Regierung bis zur Teilnahme an den Kriegsindustriekomitees. Die verkappten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bündnisses mit den ersteren durch wohlklingende pseudo-„marxistische“ Worte und pazifistische Losungen tarnen. Der Kampf gegen beide Formen des herrschenden Opportunismus muß auf *allen* Gebieten der proletarischen Politik geführt werden: parlamentarische Tätigkeit, Gewerkschaften, Streiks, Wehrfragen usw.

Worin besteht nun die Haupteigentümlichkeit, die *beide* Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet?

Darin, daß man die konkrete Frage des *Zusammenhangs des jetzigen Krieges mit der Revolution und andere konkrete Fragen der Revolution* verschweigt, vertuscht oder mit Rücksicht auf polizeiliche Verbote behandelt, obwohl unmittelbar vor dem Krieg unzählige Male inoffiziell und im Basler Manifest offiziell auf den Zusammenhang eben *dieses* kommenden Krieges mit der proletarischen Revolution hingewiesen worden war.

Der Hauptfehler der Entwaffnungsforderung ist aber der, daß hier alle konkreten Fragen der Revolution umgangen werden. Oder sind etwa die Entwaffnungsanhänger für eine ganz neue Art unbewaffneter Revolution?

IV

Weiter. Wir sind durchaus nicht gegen den Kampf für Reformen. Wir wollen nicht die traurige Möglichkeit ignorieren, daß der schlimmste Fall eintritt und die Menschheit noch einen zweiten imperialistischen Krieg

erleben wird, wenn der gegenwärtige Krieg trotz zahlreicher Ausbrüche der Massengärung und der Massenunzufriedenheit und trotz unserer Bemühungen noch nicht die Revolution gebiert. Wir sind Anhänger eines Reformprogramms, das ebenfalls gegen die Opportunisten gerichtet sein muß. Die Opportunisten wären nur zu froh, wenn wir ihnen allein den Kampf für Reformen überließen, uns selbst aber in ein Wolkenkuckucksheim der „Entwaffnung“ zurückziehen und aus der traurigen Wirklichkeit fliehen würden. „Entwaffnung“ ist nämlich Flucht aus der schlechten Wirklichkeit, kein Kampf gegen sie.

Übrigens besteht ein Hauptmangel der Fragestellung gewisser Linker z. B. in bezug auf die Vaterlandsverteidigung darin, daß die Antwort nicht konkret genug ist. Es ist theoretisch weit richtiger und praktisch unermesslich wichtiger zu sagen, daß in diesem imperialistischen Krieg die Vaterlandsverteidigung ein bürgerlich-reaktionärer Schwindel ist, als eine „allgemeine“ These gegen „jede“ Verteidigung des Vaterlandes aufzustellen. Das ist falsch und „schlägt“ auch nicht den unmittelbaren Feind der Arbeiter innerhalb der Arbeiterparteien, die Opportunisten.

Was die Miliz betrifft, so würden wir, auf eine konkrete und praktisch notwendige Antwort bedacht, sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb „keinen Mann und keinen Groschen“ nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz, auch in solchen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Norwegen usw. Um so mehr, als wir in den freiesten republikanischen Ländern (z. B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreußung der Miliz und deren Prostituiierung zu Militäraufgeboten gegen Streikende sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch das Volk, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (ein besonders wichtiger Punkt für die imperialistischen Länder, die wie die Schweiz fremde Arbeiter in steigender Zahl und immer schamloser ausbeuten, ohne ihre Rechtlosigkeit aufzuheben), weiter das Recht von je, sagen wir, hundert Einwohnern des betreffenden Landes, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, mit freier Wahl der Instruktoren, deren Entlohnung auf Staatskosten usw. Nur unter diesen Bedingungen könnte das Proletariat das Kriegshandwerk wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, das Erlernen des Kriegshandwerks aber liegt

unbedingt im Interesse des Proletariats. Wie die russische Revolution bewiesen hat, führt jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung – z. B. die Eroberung einer Stadt, eines Industrieorts, die Gewinnung eines Teils der Armee – unvermeidlich dazu, daß das siegreiche Proletariat *gezwungen sein wird*, eben dieses Programm zu verwirklichen.

Und schließlich: Man kann natürlich den Opportunismus nicht mit Programmen allein bekämpfen, sondern nur dadurch, daß man unentwegt darauf achtet, daß die Programme auch wirklich durchgeführt werden. Der größte und verhängnisvollste Fehler der zusammengebrochenen II. Internationale bestand darin, daß die Worte nicht den Taten entsprachen, daß die gewissenlose revolutionäre Phrasendrescherei (siehe die jetzige Einstellung von Kautsky und Co. zum Basler Manifest) zur Gewohnheit wurde. Wenn wir von dieser Seite an die Forderung der Entwaffnung herangehen, müssen wir vor allem nach ihrer *objektiven* Bedeutung fragen. Die Entwaffnung als soziale Idee – d. h. eine Idee, die von bestimmten sozialen Verhältnissen hervorgebracht wird und auf eine bestimmte soziale Umgebung wirken kann, nicht aber die Schrulle einer einzelnen Person oder eines Zirkels bleibt – entspringt offenbar den besonderen und eine Ausnahme bildenden „ruhigen“ Verhältnissen einiger Kleinstaaten, die ziemlich lange abseits der blutigen Weltstraße des Krieges lagen und weiter zu liegen hoffen. Um sich davon zu überzeugen, braucht man sich zum Beispiel nur in die Argumentation der norwegischen Entwaffnungsanhänger hineinzudenken: „Wir sind ein kleines Land, unser Heer ist klein, wir vermögen nichts gegen die Großmächte“ (und sind daher auch machtlos gegen die gewaltsame Einbeziehung in einen imperialistischen *Bund* mit dieser oder jener Gruppe der Großmächte!), „wir wollen unsere Ruhe haben in unserem Winkel und weiter Winkelpolitik treiben, Entwaffnung, bindende Schiedsgerichte, permanente Neutralität usw. fordern“ (so „permanent“ etwa wie die belgische?).

Kleinstaatliches Beiseite-stehen-Wollen, kleinbürgerliches Streben, den großen Weltkämpfen fernzubleiben, die eigne relative Monopolstellung zu einem engherzigen Passivsein ausnützen – das sind die *objektiven* gesellschaftlichen Umstände, die der Idee der Entwaffnung in einigen Kleinstaaten einen gewissen Erfolg und eine gewisse Verbreitung sichern können. Natürlich ist solches Streben reaktionär und auf nichts als Illusionen

gegründet, denn die kleinen Staaten werden so oder anders vom Imperialismus in den Strudel der Weltwirtschaft und der Weltpolitik hineingezogen.

Dies sei am Beispiel der Schweiz erläutert. Durch ihre imperialistische Umgebung sind ihr objektiv zwei Linien der Arbeiterbewegung vorgezeichnet. Die Opportunisten streben im Bunde mit der Bourgeoisie danach, aus der Schweiz einen republikanisch-demokratischen Monopolverein zum Profitempfangen von den Touristen der imperialistischen Bourgeoisie zu machen und diese „ruhige“ Monopolstellung recht vorteilhaft und ruhig zu nutzen. Praktisch ist dies eine Politik des Bündnisses einer dünnen privilegierten Arbeiterschicht eines kleinen Landes in privilegierter Lage mit der Bourgeoisie ihres Landes gegen die Massen des Proletariats. Die wirklichen Sozialdemokraten der Schweiz streben danach, die relative Freiheit und die „internationale“ Lage der Schweiz (die Nachbarschaft kulturell hochentwickelter Länder, ferner den Umstand, daß die Schweiz Gott sei Dank nicht „ihre eigene selbständige“ Sprache, sondern drei Weltsprachen spricht) zur Erweiterung, Festigung und Stärkung des revolutionären Bündnisses der revolutionären Elemente des Proletariats von ganz Europa auszunützen. Helfen wir unserer Bourgeoisie, noch möglichst lange die Monopolstellung des ungestörten Handels mit den Schönheiten der Alpen zu behalten, vielleicht fallen dann auch für uns ein paar Heller ab – das ist der objektive Inhalt der Politik der schweizerischen Opportunisten. Unterstützen wir das Bündnis des revolutionären Proletariats Frankreichs, Deutschlands und Italiens zur Niederwerfung der Bourgeoisie – das ist der objektive Inhalt der Politik der schweizerischen revolutionären Sozialdemokraten. Leider wird diese Politik von den „Linken“ in der Schweiz noch ganz ungenügend durchgeführt, und der schöne Beschluß ihres Parteitags in Aarau im Jahre 1915 (die Anerkennung des revolutionären Massenkampfes) steht bisher in der Hauptsache nur auf dem Papier. Aber nicht davon ist jetzt die Rede.

Die Frage, die uns hier interessiert, ist die: Entspricht die Entwaffnungsforderung der revolutionären Richtung unter den Sozialdemokraten der Schweiz? Offenkundig nicht. Objektiv entspricht die „Forderung“ der Entwaffnung der opportunistischen, engnationalen, durch den Gesichtskreis der Kleinstaaterei begrenzten Linie der Arbeiterbewegung. Objektiv ist die „Entwaffnung“ das nationalste, das spezifisch nationale Pro-

gramm der Kleinstaaten, kein internationales Programm der internationalen revolutionären Sozialdemokratie.

PS. In der letzten Nummer der englischen „Sozialistischen Rundschau“, „The Socialist Review“⁴⁵ (September 1916), dem Organ der opportunistischen „Unabhängigen Arbeiterpartei“, finden wir auf S. 287 die Resolution der Newcastler Konferenz dieser Partei: Verweigerung der Unterstützung *jedes beliebigen Krieges jeder beliebigen Regierung*, auch wenn dieser Krieg „dem Namen nach“ ein „Verteidigungskrieg“ sein sollte. Und auf S. 205 finden wir im Leitartikel folgenden Passus: „Wir billigen den Aufstand der Sinn-Feiner nicht“ (den irischen Aufstand von 1916). „Wir billigen überhaupt keinen bewaffneten Aufstand, wie wir auch keine andere Form des Militarismus und des Krieges billigen.“

Ist es noch nötig zu beweisen, daß *diese „Antimilitaristen“*, daß *solche Anhänger der Entwaffnung* nicht in einem kleinen, sondern in einem großen Staat die *schlimmsten Opportunisten* sind? Und sie haben ja theoretisch vollkommen recht, wenn sie den bewaffneten Aufstand auch als „eine der Formen“ des Militarismus und des Krieges betrachten.

Geschrieben im Oktober 1916.

*Veröffentlicht im Dezember 1916 im
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 2.*

Unterschrift: N. L e n i n.

*Nach dem Text des „Sbornik
Sozial-Demokrata“.*